

# ANDREAS OTTO

Ihr Abgeordneter für Prenzlauer Berg

HELMHOLTZPLATZ • FALKPLATZ • ARNIMPLATZ



Information zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2016



**JEDE  
STIMME  
ZÄHLT.**

**OTTO-DIREKT.DE**

## Liebe Leserin, lieber Leser,

im Jahr 2011 haben Sie mich hier im Wahlkreis Pankow 6 erneut direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

In den vergangenen fünf Jahren habe ich aus der Opposition heraus den Senat kontrolliert, Skandale aufgedeckt und massive Geldverschwendung bei Großprojekten angeprangert. Gleichzeitig musste ich mit ansehen, wie die Koalition aus SPD und CDU die Berliner Verwaltung im Stich gelassen hat. Nicht nur, dass die dringend notwendige Modernisierung ausblieb - vieles wurde schlimmer: Keine Termine im Bürgeramt, frierende Flüchtlinge vor dem LAGESO und Polizisten, die im Einsatz keine Verstärkung rufen können, weil der Digitalfunk ausfällt. Von fehlenden Wohnungen und dem unendlichen Sanierungsstau in den Schulen ist da noch gar nicht die Rede. Viele Millionen Euro, die für die Infrastruktur in Berlin fehlen, wurden durch Missmanagement und Verantwortungslosigkeit am Flughafen BER verschwendet.

In den Untersuchungsausschüssen zum Flughafen-Chaos und zur Staatsoper-Sanierung haben wir herausgearbeitet, wie nach dem Motto „ist ja nicht mein eigenes Geld“ bedenkenlos mit unseren Steuergeldern umgegangen wurde.

All das muss anders werden. Dafür bitte ich Sie um Ihre Stimme, für mich als Direktkandidaten (Erststimme) und für Bündnis 90/Die Grünen als Partei (Zweit- und Bezirkstimme).

Wir wollen, dass die Stadt wieder funktioniert, dass die unterschiedlichen Menschen friedlich zusammen leben und dass Berlin endlich die Hauptstadt der Nachhaltigkeit wird. Energieeinsparung, weniger Abfall und bessere Luft brauchen endlich Fürsprecher im Roten Rathaus. Darum geht es am 18. September.

Bis bald – Ihr



# WOHNRAUM FÜR ALLE

## Ökologisch-soziale Wohnungspolitik

Die Wohnungspolitik ist eines der wichtigsten Themen dieser Wahl. Davon reden alle Parteien. Für mich als Umweltschützer ist wichtig, dass es ökologisch und sozial zugeht. Und die Mischung muss stimmen. Menschen mit verschiedenem großem Geldbeutel, Alteingesessene, Zugewogene, Junge und Alte gehören dazu. In unserem Kiez ist es leider schon länger schwierig, eine neue Wohnung zu finden. Und wer eine Wohnung hat, hält sie fest.

## Modernisierungsumlage absenken

Besonders in Not kommen Menschen, wenn durch teure Modernisierungen preiswerte Wohnungen verloren gehen. Energetische Modernisierung soll Energie einsparen und das Klima schützen und nicht Menschen aus günstigem Wohnraum verdrängen. Damit dieser Missbrauch aufhört, will ich die sogenannte Modernisierungsumlage absenken.

Es ist gar nicht einzusehen, warum bei einem Zinsniveau von vielleicht zwei Prozent trotzdem 11% der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgelegt werden dürfen. Das könnte locker halbiert werden und würde seinen Hauptzweck, nämlich Wohnungen zukunftsfähig zu machen, gleichwohl erfüllen können. Langfristig muss sich der Standard einer Wohnung komplett im Mietspiegel finden lassen, ohne dass es irgendwelcher Sonderumlagen bedarf.

## Wohnungen für Geringverdiener

Viele Menschen in unserem Bezirk haben ein gutes Einkommen. Aber es gibt eben auch Familien, Alleinerziehende, Rentner und andere Menschen, die für die Wohnkosten einen unverhältnismäßig großen Teil ihres Einkommens ausgeben müssen. Für solche Haushalte muss es staatliche Hilfe geben, z.B. durch landeseigene Wohnungen. Die GEWO BAG besitzt davon über 12.000 in Prenzlauer Berg. In den letzten zehn Jahren habe ich dafür gekämpft, dass der Anteil solcher Wohnungen im Bezirk größer wird.

Insbesondere jene Wohnungen, die seit dem Verkauf der über 60.000 GSW-Wohnungen durch die rot-rote Koalition im Jahr 2004 der Stadt nicht mehr zur Verfügung stehen, fehlen schmerzhaft für die soziale Wohnraumversorgung. Das betrifft etwa die Blöcke an der Ibsenstraße oder die Häuser an dem Bogen von der Eberswalder Straße zur Toppstraße. Die GEWO BAG hat, wie die anderen landeseigenen Gesellschaften auch, inzwischen einige Häuser neu angekauft.

Durch eine prozentuale Regelung im Wohnraumversorgungsgesetz sollen 55% der frei werdenden Wohnungen an Personen mit einem Wohnberechtigungsschein vergeben werden. Diese Vorgabe ist Teil des Kompromisses zwischen der Initiative für einen Mietenvolksentscheid und dem Senat. Die bündnisgrüne Fraktion hat auch aus diesem Grund dem neuen Gesetz im Herbst 2015 zugestimmt. Ein weiterer Grund war die Härtefallregelung, die eine Kappung der Miete vorschreibt, sobald sie 30% des Haushaltsnettoeinkommens überschreitet. Eine solche Härtefallregelung gibt es für Mieter bei privaten Eigentümern nicht. Deshalb haben wir in Prenzlauer Berg schon seit vielen Jahren sogenannte Mi-

lieusutzgebiete festgelegt, in denen Modernisierungsmaßnahmen besonders kontrolliert werden. Durch Sozialpläne wird das Ziel verfolgt, dass Mieter nicht aus dem Haus verdrängt werden.

## Förderprogramm Heizkostenbremse

Als Anreiz für eine sozialverträgliche energetische Ertüchtigung von Gebäuden haben wir in unser Wahlprogramm das „Förderprogramm Heizkostenbremse“ aufgenommen. Wir wollen auf diese Weise einfache klimawirksame Maßnahmen finanzieren, ohne dass die Miete nach oben schießt. Die Dämmung der obersten Geschossdecke von Wohnhäusern, der Austausch der Heizungsanlage oder der hydraulische Abgleich sind Maßnahmen, die sich besonders schnell amortisieren und daher besonders lohnenswert sind. Bei größeren Wohnanlagen wollen wir Blockheizkraftwerke für Heizwärme und Warmwasserbereitung fördern. Das senkt die Betriebskosten und ermöglicht dezentrale Stromerzeugung.

## Neubau mit hohem Anspruch

Während Altbauten für die Zukunft fit gemacht werden müssen, ohne soziale Härten zu erzeugen, sollen Neubauten von Anfang an viele Vorgaben erfüllen. Dazu gehören Barrierearmut und ein hoher Anspruch an ungiftige Baustoffe und die energetische Qualität. Durch flächensparende Wohnungsquerschnitte können außerdem Einsparungen an Wohnfläche und geringere Betriebskosten erreicht werden. Trotzdem sind Neubauwohnungen inzwischen sehr teuer. Durch gezielte Wohnungsbauförderung wollen wir erreichen, dass gerade auch Haushalte mit wenig Geld in neue Wohnungen einziehen können. Neben den



Bild: Dennis Probst

landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften steht die Wohnungsbauförderung auch genossenschaftlichen und anderen privaten Eigentümern zur Verfügung.

## Mehr hoch als breit

Die Bevölkerung Berlins wächst. Um etwa 40.000 Personen ist die Bevölkerungszahl in den letzten drei Jahren im Saldo jeweils gestiegen. Diese Entwicklung setzt sich absehbar fort, zumindest in den nächsten Jahren. Der Druck auf den Wohnungsmarkt lässt einerseits die Preise steigen, andererseits die Menschen zusammen rücken. Trotzdem ist Neubau notwendig. Wo und wie der entstehen soll, darüber gibt es im Parlament, aber auch in der Öffentlichkeit sehr große Meinungsverschiedenheiten.

Ich bin der Meinung, dass auch in unserem Bezirk noch viele Wohnungen hinzukommen können. Allerdings nicht durch Bebauung aller Freiflächen. Ich möchte mehr Dachgeschossausbau, Aufstockung und im Zweifel etwas höhere Häuser. Denn wer höher baut und dafür die Gebäude weiter auseinander, der hat am Ende mehr unversiegelte Flächen, mehr Grün und mehr Freiraum zum Spielen und zum Leben. Und darum geht es.

# Bessere Wege und mehr Bäume

## Die Pappelallee wird neu gestaltet

Die Baustelle in der Pappelallee ist unübersehbar: Seit 2015 wird ab der Danziger Straße Richtung Wisbyer Straße aufgerissen, zugebuddelt, umgestaltet. Aber was wird hinterher besser sein als vorher für Mensch und Natur? Wie in der Kastanienallee fahren auch durch ihre nördliche Fortsetzung Straßenbahnen, Autos und erfreulicherweise immer mehr Fahrräder. Die vielen Geschäfte und Gaststätten ziehen Publikum an und lassen die Straße viel belebter werden, als das noch vor zehn Jahren der Fall war. Der Verkehr nimmt insgesamt zu.

## Sicherheit und Barrierefreiheit

Als Bündnisgrüne wollen wir, dass insbesondere Fußgänger und Radfahrer als die schwächsten Verkehrsteilnehmer die Straßen sicherer benutzen können. Aber auch Personen im Rollstuhl oder Eltern mit Kinderwagen brauchen sichere Wege über die Straße und vor allem barrierefreie Zugänge in die Straßenbahn.

## Gerechtere Aufteilung

All das unter einen Hut zu bringen, war

nur durch umfangreiche Abstimmungen und eine intensive Bürgerbeteiligung möglich. Auch wenn am Ende nie alle hundertprozentig zufrieden sind: die bereits fertiggestellten Abschnitte können sich sehen lassen. Für Fahrräder war bisher keine eigene Trasse markiert, das ändert sich durch den Angebotsstreifen auf der Fahrbahn. Aufpassen müssen die Radler aber, wenn sie die Haltestellen der Straßenbahn kreuzen und Menschen gerade in die Bahn einsteigen wollen. Die Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs haben hier Priorität. Die parkenden Autos wurden in Parktaschen verlegt, um den Radstreifen zu ermöglichen und für Fußweg und Baumscheiben mehr Platz zu machen. Dass hierdurch Stellplätze weggefallen sind, mag manchen ärgern, war aber im Sinne einer gerechteren Aufteilung des Straßenraumes notwendig.

## Mehr Bäume in der Pappelallee

Besonderer Streitpunkt waren die Bäume. In der Pappelallee standen einige Pappeln, hauptsächlich jedoch Eschen. Auch wenn es aus rein ökonomischer Sicht manchmal diskutiert wird, alle

Bäume komplett zu fällen und neue anzupflanzen, darf das allein nicht der Maßstab sein. Deswegen haben Anwohner und Bezirksamt einen Kompromiss erreicht. Von den 78 ehemals vorhandenen Bäumen bleiben 26 stehen, 68 kommen neu dazu. Ein Zuwachs von 20%. Die ersten hat der bündnisgrüne Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner schon gepflanzt. Es wurden keine neuen Pappeln

gepflanzt, da ihre Wurzeln die Gehwege anheben und sich so Stolperfallen bilden. In der Pappelallee stehen deshalb jetzt vor allem Feldahorne, Scharlackastanien oder Blumen-Eschen. Einige wenige Pappeln wurden aber erhalten. Zwei Prachtexemplare an der Kreuzung Stargarder Straße erinnern daran, dass die Allee nach einem ganz bestimmten Baum benannt wurde.



Die „neue“ Pappelallee: Raum für Alle und mehr Grün.

Foto: Maximilian Niederköpfer



# Das Lachen bleibt im Geldbeutel stecken

## BER und Staatsoper: Große Koalition scheitert mit großen Projekten

### Milliardengräber in Serie?

Die Sanierung des ICC und der Bau einer neuen Zentralbibliothek sind zwei wichtige Vorhaben, die in den nächsten Jahren beginnen sollten. Bei beiden geht es um dreistellige Millionensummen. Aber kann Berlin das überhaupt stemmen? Und vielleicht sogar den Kostenrahmen einhalten?

Nach den aktuellen Erfahrungen mit der Staatsoper und dem BER muss diese Frage klar verneint werden. Weder die Vorbereitung noch der Bau und die Inbetriebnahme sind bei den zwei Prestigeprojekten gelungen.

Als Obmann im Untersuchungsausschuss BER habe ich dreieinhalb Jahre untersucht, was bei dem Flughafenprojekt schief gegangen ist. Vor allem die Rolle der Senatsvertreter in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Flughafen-GmbH hat uns beschäftigt.

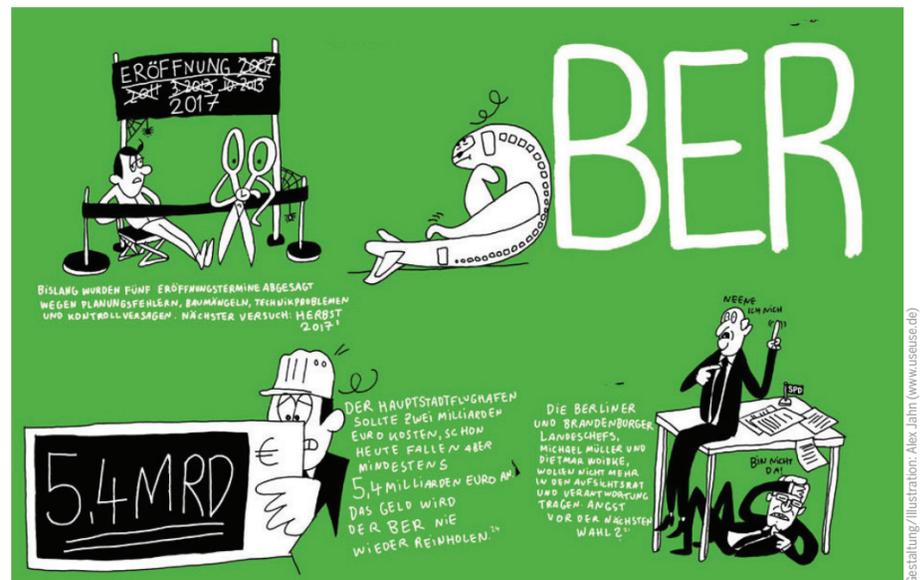
### Im Anflug: die fünfte Verschiebung

Der BER sollte im Juni 2012 eröffnen. Dies ist inzwischen über vier Jahre her. Die Technik wurde nicht fertig, die Organisation hatte versagt und die politisch Verantwortlichen haben die Probleme nicht erkannt. Der Regierende Bürgermeister Wowereit und der Ministerpräsident von Brandenburg Matthias Platzeck verkündeten mit der Absage am 8. Mai

2012 eine baldige Eröffnung „spätestens in der zweiten Augushälfte“. Diese Fehleinschätzung ist symptomatisch für das Handeln vieler Beteiligten an dem Projekt. Kurze Zeit später kündigten die beiden dem Generalplaner und setzten ohne die Architekten den nächsten Eröffnungstermin fest. Diesmal sollte es der März 2013 sein. Es folgte noch der Oktober 2013. Aktuell beschwört SPD-Kandidat Müller letzte Chancen für Ende 2017.

### Unkontrolliert ins BER-Chaos

Schon derartige Terminrerei macht deutlich, dass die Regierenden keine Ahnung hatten. Niemand von ihnen hatte jemals zuvor ein Großbauprojekt geleitet, beaufsichtigt oder auch nur damit zu tun gehabt. Noch schlimmer: Sie konnten nicht einmal die richtigen Fragen stellen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Wowereit musste im Untersuchungsausschuss zugeben, dass er niemals die Bauexperten der Senatsbauverwaltung zur Hilfe geholt und etwas gefragt hätte: Nicht nach kritischer Bewertung von Zeitplänen, nicht nach der Berechtigung millionenschwerer Nachträge einzelner Baufirmen oder dem Wahrheitsgehalt von zweifelhaften Berichten eines Projektsteuerers. Wer keine Ahnung hat und keine Hilfe in Anspruch nimmt, der ist verloren.



### Steuerzahler als Goldesel

Wenn es um ein privates Einfamilienhaus geht, muss der Bauherr mit Kostensteigerungen selbst fertig werden. Am BER ist das anders. Jeder zusätzliche Euro muss bezahlt werden: und zwar von uns allen. Das Mantra der Flughafengesellschaft, der BER werde irgendwann alles zurückzahlen, ist spätestens seit 2013 ein frommer Wunsch. Das Projekt war einmal mit 2,4 Milliarden Euro veranschlagt. Inzwischen wird mit 6,5 Milliarden gerechnet. Mehrere Korruptionsfälle sind Beleg dafür, dass der BER nicht

nur eine Bauruine, sondern auch eine Goldgrube ist. Damit muss Schluss sein. Eine bessere Beaufsichtigung der Flughafengesellschaft durch den Senat ist unerlässlich. Der Berliner Rechnungshof muss dringend eine Prüfung des Projektes vornehmen. Und vor allem darf kein Geld für zusätzliche Erweiterungen des BER ausgegeben werden, solange die Eröffnung in den Sternen steht. Und wenn die – im besten Fall 2018 – erfolgt sein sollte, dann kann man sich über das ICC und die Großbibliothek mal wieder unterhalten.

# Grünzone Mauerpark

### Seit 1990: Projekt Mauerpark

Der ehemalige Grenzstreifen zwischen Eberswalder Straße und Esplanade soll als Grünzone gestaltet werden. Das war der Inhalt der Drucksache Nr. 11 der gerade frisch gewählten demokratischen Stadtbezirksversammlung von Prenzlauer Berg im Sommer 1990. Kurz nach dem Sturz der SED-Herrschaft und noch vor der Wiedervereinigung Berlins. Parallel gab es Ideen, auf dem ehemaligen Grenzstreifen eine Straße zu bauen oder den Zustand aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg wieder herzustellen und so die Spuren der

Grenze zu beseitigen. Als Vorsitzender des Umweltausschusses des jungen Bezirksparlamentes habe ich jenen Antrag unterzeichnet. Damals ahnte ich nicht, wie lange die Fertigstellung des Mauerparkes als gemeinsames Projekt von Wedding und Prenzlauer Berg, von Ost und West, dauern würde.

### Das Werk vieler Hände

26 Jahre später gibt es auf der Ostseite zwar einen schon traditionsreichen Ort der Kultur und Begegnung und im Norden die Jugendfarm Moritzhof, im Wes-

ten fängt die Grüngestaltung des Mauerparkes jedoch gerade erst an. Im Norden baut Investor Groth ein Wohngebiet, das durch einen zweifelhaften Kuhhandel ermöglicht wurde.

Meine Bilanz: Jener Beschluss von 1990 zur Schaffung eines Parkes wird mit einigen Rückschlägen und Kompromissen weitgehend umgesetzt. Nach über zweieinhalb Jahrzehnten, als Ergebnis des Engagements vieler Initiativen, Gruppen, Personen. Außerhalb und innerhalb von Parlamenten und Verwaltung. Ihnen allen gebührt mein Dank.

### Ein Ort des Lebens

Der Mauerpark ist ein Ort der Erholung, von Musik und Spiel, aber auch der Erinnerung an die Zeit der Teilung der Stadt und an die Geschichte von 1990 bis heute. Aus dem Todesstreifen ist ein Ort des Lebens geworden. Gerade dafür steht der Regenbogenspielplatz, der vor wenigen Wochen wieder eingeweiht wurde. Zum zweiten Mal, weil die Spielgeräte von 1999 abgebaut und ersetzt werden mussten. Möglich wurde die Erneuerung durch Spenden und eine Kooperation zwischen den „Freunden des Mauerparks“ und dem Bezirksamt.

Besonders schön war, dass beim Aufbau auch fünf syrische Flüchtlinge mitgear-



Schaukel-Test mit Jens-Holger Kirchner

beitet haben. Gibt es doch kaum ein besseres Symbol für Völkerverständigung und Neuanfang als den Regenbogen. Auch nach 25 Jahren.

### » IMPRESSUM

ViSdP: Andreas Otto, MdA  
Redaktion: Dennis Probst

Layout: Dennis Probst

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, Feb 2016

Auflage: 25.000



Berlin geht nur zusammen: Syrische Flüchtlinge helfen beim Spielplatzbau

# Allein gelassen mit der Asbest-Gefahr

## Berlin braucht dringend einen Asbest-Sanierungsfahrplan

### Der Senat ignoriert das Problem

Mindestens 100.000 Wohnungen in Berlin weisen asbesthaltige Bauteile auf, so meine aktuelle Schätzung. Asbest ist viele Jahrzehnte ein massenhaft verwendeter Baustoff gewesen. Gute mechanische Eigenschaften und Hitzebeständigkeit führten zum Einsatz in vielgestaltiger Form. Rohre, Fassadenplatten, Fußbodenplatten oder der etwa aus dem Palast der Republik bekannte Spritzasbest als Hülle für Stahlträger. Weil Asbestfasern jedoch Krebs erregen, ist der Baustoff in Deutschland seit 1993 verboten. Trotzdem erkranken jährlich mehrere tausend Personen an Asbestose und anderen Krebsarten, die durch die gefährlichen

Fasern verursacht werden. Zwischen Einatmen der Fasern und Ausbrechen einer Krebserkrankung können Jahrzehnte liegen. Ein in Berlin häufig verwendetes Bauteil mit Asbestfasern sind Fußbodenplatten, aber auch Fassadenplatten können die Fasern enthalten und in die Atemluft gelangen lassen. In den vergangenen Jahren habe ich den Senat und insbesondere die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mehrfach aufgefordert, zur Verbraucherinformation ein Register der asbestbelasteten Wohnungen zu erstellen und vor allem einen Sanierungsfahrplan zu erarbeiten. Beides wird bis heute verweigert mit dem Hinweis, es handele sich um eine Angele-

genheit zwischen Eigentümern und Mietern, die den Senat nichts angehe.

### Verkauft statt saniert

Im Jahr 2000 waren allein bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften noch über 60.000 Wohnungen als asbestbelastet eingestuft. Die Zahl ist etwas geringer geworden, hauptsächlich weil durch Verkauf von Asbestwohnungen die Statistiken, aber leider nicht die Wohnungen, entgiftet wurde. Über private Wohnungsbestände hat der Senat weder Kenntnisse noch Überblick. Gespräche mit Privateigentümern oder deren Verbänden werden von Senator Geisel verweigert.

### Jetzt informieren und handeln

Weil sich das dringend ändern muss, steht im bündnisgrünen Wahlprogramm das Projekt „Wohnungen endlich von Asbest befreien“. Wir wollen ein Asbestregister, in dem sich Bewohner und potentielle Mieter oder Käufer über den Asbeststatus der Gebäude informieren können. Dass Menschen jahrelang den Gefahren ausgesetzt sind, ohne überhaupt informiert zu werden, belegt die Ignoranz der Verantwortlichen. Neben dem Register muss eine Strategie zur Sanierung der Asbestwohnungen erarbeitet werden. Berlin muss endlich handeln, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken.

## Ihr Abgeordneter für Prenzlauer Berg



OpenAir-Sprechstunde, Kleingartenanlage Bornholm I



Subbotnik, Dschungelspielplatz



Pate Andreas Otto



Im Gespräch, Helmholtzplatz

Fotos: Dennis Probst

### » BIO

Ich wollte nie Politiker werden. Doch dann kam die friedliche Revolution und ich merkte: **Demokratie passiert nicht von allein.**

- 2011** erneut direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt
  - bau- und wohnungspolitischer Sprecher
  - Mitglied und Obmann im Untersuchungsausschuss zum Flughafen BER
  - Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr
  - Mitglied im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien
- 2006** direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Pankow 6 gewählt
- 1993** Geschäftsführer der
- 2006** Robert-Havemann-Gesellschaft
- 1990** Bezirksverordnetenversammlung
- 2006** Prenzlauer Berg (später Pankow), Fraktionsvorsitzender
- 1990** Mitglied der Grünen Partei der DDR
- 1989** Friedlicher Revolutionär
- 1985** Studium der Elektrotechnik in Berlin-Lichtenberg, Arbeit als Konstrukteur
- 1983** Wehrersatzdienst als Bausoldat
- 1978** Lehre und Arbeit als Elektriker in Bernau
- 1962** geboren in der schönen Uckermark

### FAMILIE UND FREIZEIT

Seit über 30 Jahren lebe ich mit meiner Frau in Prenzlauer Berg und habe zwei mittlerweile erwachsene Kinder. Sehr gern mache ich Musik und singe im Gospelchor „Joyful Singers“.

### » KONTAKT

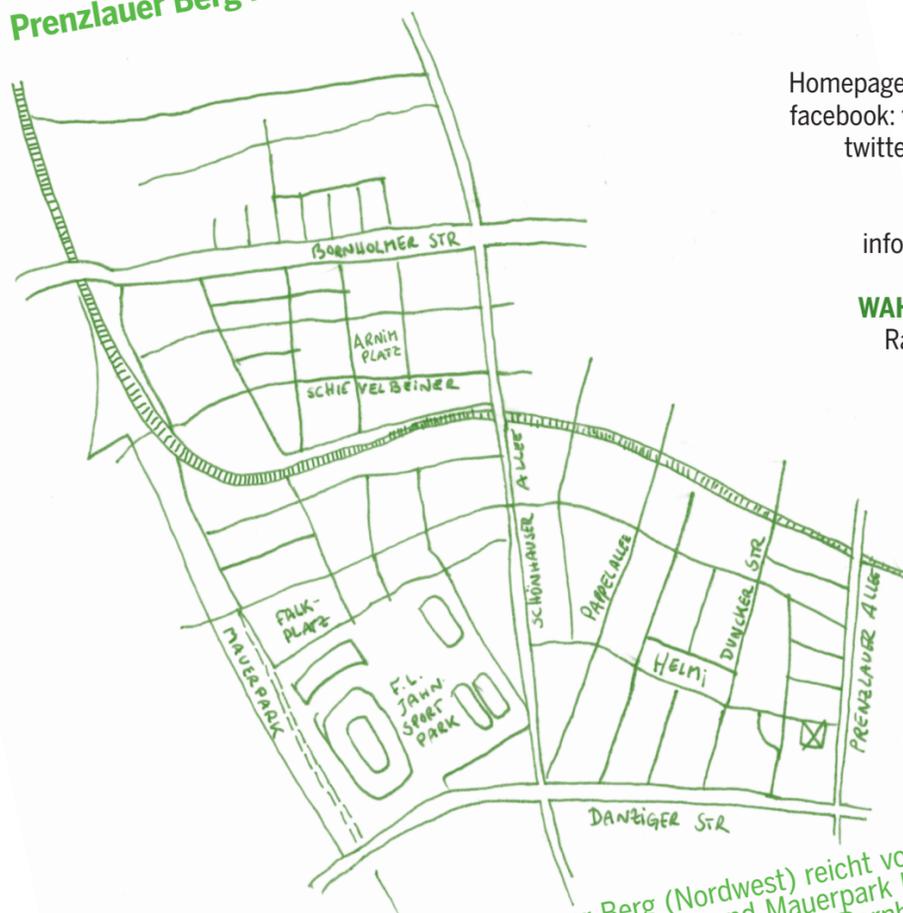
**TELEFON:**  
030 2325-2445

**WEB:**  
Homepage: [otto-direkt.de](http://otto-direkt.de)  
facebook: [fp.andreas.otto](https://www.facebook.com/fp.andreas.otto)  
twitter: [@otto\\_direkt](https://twitter.com/otto_direkt)

**E-MAIL:**  
[info@otto-direkt.de](mailto:info@otto-direkt.de)

**WAHLKREISBÜRO:**  
Raumerstraße 24  
10437 Berlin

## WAHLKREIS 6 Prenzlauer Berg Nordwest



Der Wahlkreis Prenzlauer Berg (Nordwest) reicht vom Helmholtzkiez, über den Falkplatz und Mauerpark bis hin zum Arnimplatz und endet oberhalb der Bornholmer Straße an der Esplanade.